

Inhalt

I.	TÜSIAD Delegation in Italien	2
	Zusammenarbeit zwischen TÜSIAD und spanischen Geschäftsleuten	
	"Die Wirtschaft ist noch beständiger"	
II.	Türkei beschäftigt sich mit dem PKK-Problem	3
III.	Interview: EU unterstützt Türkei im Kampf gegen PKK- ,Terroristen'	4
IV.	Mroz: "Die Armenier-Resolution ist ein Unglück"	6
V.	Wachstum in Osteuropa bedroht: Studie empfiehlt Türkei- Integration	7
VI.	Gespräch zwischen Erdogan und Roth	8
	Referendum in der Türkei	
VII.	Finanz- und Wirtschaftsnachrichten	9
VIII.	Firmennachrichten aus der Türkei	10

TÜSIAD – VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND UNTERNEHMER
TÜSIAD DEUTSCHLAND VERTRETUNG
Oktober 2007

I. TÜSIAD Delegation in Italien

Der Verband Türkischer Industrieller und Unternehmer (TÜSIAD) begann mit seinen Aufklärungsarbeiten in den EU-Hauptstädten vor der Veröffentlichung des Türkei-Fortschrittsberichtes der EU-Kommission in Rom. Die TÜSIAD-Delegation unter Leitung von Arzuhan Doğan Yalçındağ, die vorher Brüssel, London und Madrid besuchte, kam in Rom mit einer Delegation der italienischen Institution Confindustria zusammen.

Yalçındağ erklärte folgendes: „Wir wollen unsere Handelsbeziehungen mit Italien entwickeln und verstärken. Bei unserem Gespräch haben wir eigentlich dieses Thema in die Hand genommen.“

Der Vorsitzende des Confindustria Luca Cordero di Montezemolo seinerseits erklärte, dass sie mit TÜSIAD in den Themen Ausbildung und Fremdenverkehr auf eine umfangreiche Zusammenarbeit abzielten, und sagte, dass sie außerdem die Öffnung einer Universität in der Türkei und Errichtung von Feriendörfern bewertet haben.

Die TÜSIAD-Delegation wurde auch von dem Italienischen Ministerpräsident Romano Prodi empfangen und führte mit ihm ein ungefähr 45minütiges Gespräch.

Zusammenarbeit zwischen TUSIAD und spanischen Geschäftsleuten

Zwischen dem Verein türkischer Industrieller und Unternehmer (TÜSIAD) und der spanischen Konföderation der Arbeitsgeberorganisationen (CEOE) wurde ein Abkommen über Zusammenarbeit getroffen. Mit diesem Abkommen, das von der TÜSIAD-Vorsitzenden Arzuhan Doğan Yalçındağ und dem CEOE-Vorsitzenden Gerardo Diaz Ferran unterzeichnet wurde, zielt man auf die Unterstützung der neuen Geschäftsabkommen zwischen türkischen und spanischen Firmen, die Verstärkung der Zusammenarbeit im Handel und in Wirtschaft.

"Die Wirtschaft ist noch beständiger"

Arzuhan Doğan Yalçındağ, Vorsitzende des Verbandes Türkischer Industrieller und Geschäftsleute (TÜSIAD), sagte, dass es in der Wirtschaft konstruktive Entwicklungen gibt. Yalçındağ, die auf dem von TÜSIAD veranstalteten Türkisch-Finnischen Arbeitsforum sprach,

betonte, dass die makrowirtschaftliche Entschlossenheit, die Stabilität, die niedrigeren Zinsenraten und die strenge Haushaltsdisziplin die Investitionen fördern.

Finnischer Minister für Außenhandel und Entwicklung Paavo Väyrynen erwähnte die EU-Mitgliedschaft der Türkei, und sagte: „Die Regierungen ändern sich, es kann immer Streitigkeiten geben, trotz allem aber fährt der Zug zu seinem Ziel. Und das ist die Mitgliedschaft der Türkei.“ Väyrynen fügte hinzu, dass Finnland den EU-Beitritt der Türkei aktiv unterstütze.

Staatsminister Kürşad Tüzmen, der auch an dem Forum teilnahm, erklärte, dass die Türkei außerhalb der EU als Mitglied zahlreicher Zusammenarbeitsforen in ihrer Region vom Balkan bis nach China auf einem breiten Feld tätig ist.

II. Türkei beschäftigt sich mit dem PKK-Problem

Der Nationale Sicherheitsrat (MGK) tagte unter Staatspräsident Abdullah Gül. Auf der gestrigen Versammlung wurde Wirtschaftssanktionen gegen den Irak erwogen. Laut den Sanktionen wird der Güterumschlag an dem Grenzübergang Habur verlangsamt und die neue Route in den Irak wird durch Syrien gehen. Dadurch wird der Führer der irakischen Regionalregierung Massoud Barzani jährlich einen Verlust von 400 Mio Dollar leiden.

Auch politische und militärische Maßnahmen sowie die Unterbrechung der Stromlieferung zum Nordirak standen auf der Tagesordnung.

Cumhuriyet

Von Rice an Barsani: Stoppt die PKK

Die amerikanische Führung, die eigentlich gegen eine grenzüberschreitende Intervention der Türkei ist, appellierte an die kurdische Regionalregierung im Nordirak, dringend gegen die PKK vorzugehen. Nach terroristischen Angriffen in Hakkari habe die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice Massoud Barsani angerufen und von ihm Vorstöße gegen die Terrororganisation verlangt.

Außenamtssprecher Sean McCormack bekräftigte in einer Stellungnahme die Haltung Washingtons, dass die PKK eine „terroristische Organisation“ sei, die eine „Spur des Blutvergießens hinterlassen und einzig das Leiden verlängert“ habe. Zugleich wiederholten McCormack und der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates im Weißen Haus, Gordon Johndroe, den Aufruf an die irakische Zentralregierung in Bagdad und die kurdisch dominierte Regionalregierung im Nordirak, gegen die PKK vorzugehen und weitere Angriffe gegen die türkischen Sicherheitskräfte von irakischem Territorium aus zu verhindern.

Milliyet

EU warnt Barsani und Talabani

Die Reaktionen der Europäischen Union gegen die terroristischen Angriffe in der Türkei waren im Allgemeinen inhaltlich und zeitlich schwach. Aber zum ersten Mal hat die EU eine Erklärung veröffentlicht, die Warnungen an die regionale kurdische Führung und internationale Gemeinschaft beinhaltet. EU-Ratsvorsitzender Portugal forderte in einer Erklärung die Verhinderung der Verletzung der türkischen Grenze und der Angriffe vom Irak aus gegen die Türkei.

Die EU-Kommission hat die Angriffe der PKK im Südosten der Türkei scharf verurteilt, zugleich aber vor einem Einmarsch in den Nordirak gewarnt. Die Türkei und der Irak müssten dieses Problem durch Kooperation und unter Beachtung des internationalen Völkerrechts lösen, erklärte EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn in einer Pressemitteilung.

„Die EU-Kommission versichert die Türkei ihrer Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus“, erklärte Rehn. Er fügte hinzu, die Türkei sei ständigen grenzüberschreitenden Angriffen der PKK ausgesetzt, die auf der EU-Terrorliste steht. Die EU habe daher Verständnis für «das Bedürfnis der Türkei, ihre Bürger zu schützen». Mit dem Irak, in dessen nördlichen Kurden-Gebieten zahlreiche PKK-Kämpfer Unterschlupf gesucht haben, müsse aber eine politische Lösung gefunden werden.

Auch Deutschland hat an die Türkei und den Irak appelliert, den Konflikt um die kurdische Separatistenorganisation PKK gemeinsam zu entschärfen.

Beide Länder müssten dafür sorgen, dass die ohnehin schon problematische Region nicht weiter destabilisiert werde, gab Regierungssprecher Thomas Steg in Berlin die Haltung von Kanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier wieder. Die zwei Staaten hätten sich auch vertraglich zur Zusammenarbeit verpflichtet, betonte Steg.

Milliyet

"Konkrete Schritte von Nöten"

John Greenway, der britische Abgeordnete im Europarat, erklärte bezüglich der Angriffe der PKK in der Türkei: „Sowohl die USA, als auch die westlichen Staaten sollten nun nicht nur den Terror verurteilen und nachdenken, sondern konkrete Schritte setzen und das Nötige unternehmen“.

Auch Die NATO will der Türkei angesichts der Kämpfe im Grenzgebiet zum Irak ihre Rückendeckung zusichern. "Die Türkei kann die volle Solidarität der Alliierten erwarten", sagte am Montag ein hochrangiger NATO-Vertreter in Brüssel. Dieses politische Signal solle vom Treffen der Verteidigungsminister der Allianz am Mittwoch und Donnerstag im niederländischen Noordwijk ausgehen. Der türkische Verteidigungsminister Vecdi Gönül will den Konflikt mit der PKK bei dem NATO-Rat zur Sprache bringen.

Allerdings sieht die NATO bisher keine Grundlage für die Ausrufung des Bündnisfalls. Es gehe um eine "interne Bedrohung", sagte der NATO-Vertreter in Brüssel weiter. Nach Artikel fünf der NATO-Satzung ist ein Angriff auf einen Bündnisstaat ein Angriff auf alle. Der Bündnisfall wurde bisher nur einmal in der fast 60-jährigen Geschichte der Allianz ausgerufen. Dies war nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA der Fall.

Türkiye

Legendijk: "PKK schadet auch den Kurden"

Joost Legendijk, Co-Präsident der gemischten Parlamentskommission EU-Türkei, erklärte, dass der PKK-Terror auch den kurdischen Mitbürgern in der Türkei Schaden zufüge. Legendijk sagte: „Der PKK-Terror stört den Reformprozess und alle, die in der Türkei in Frieden leben wollen.“

Hans Svoboda aus der sozialistischen Gruppe brachte zum Ausdruck, die PKK wolle nicht, dass die Türkei Frieden findet. Der deutsche Abgeordnete im Europaparlament Werner Langen seinerseits teilte ihre Unterstützung der Türkei bei der Terrorbekämpfung mit.

Türkiye

III. Interview: EU unterstützt Türkei im Kampf gegen PKK-, Terroristen'

In einem Interview mit EurActiv zeigte Olli Rehn, der EU-Kommissar für Erweiterung, seine Unterstützung für die türkischen Militäroperationen gegen PKK-Guerillas an der irakischen Grenze. Rehn sagte, dass Brüssel das Bedürfnis der Regierung, ihre Bürger vor ‚fortwährenden grenzüberschreitenden Terrorattacken‘ zu schützen, verstehe.

Kommissar Rehns Worte sind ein eindeutiges Signal, dass Brüssel bereit ist, an Türkeis Seite zu stehen, einem EU-Bewerberland in einer Krise, in der, seit dem Ausbruch der Gewalt letzte Woche, mindestens zwölf türkische Soldaten ums Leben gekommen sind.

In einem Interview mit EurActiv sagte Rehn: „Die Türkei ist mit grenzüberschreitenden Terrorangriffen der PKK, die auf der EU-Liste der Terrororganisationen geführt wird, konfrontiert. Die Kommission versteht das Bedürfnis der Türkei, ihre Bürger zu schützen.“

„Wir rufen die Türkei und den Irak weiterhin dazu auf, diesem Problem durch Kooperation zwischen den zuständigen Behörden zu begnen...In diesem Zusammenhang ist das jüngste bilaterale Abkommen über den Kampf gegen den Terrorismus zwischen der Türkei und dem Irak ein willkommener Schritt.“

Diese Demonstration der Unterstützung kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem eine friedliche Lösung bald gefunden werden könnte. Der irakische Präsident, Jalal Talabani, sagte heute (23. Oktober 2007), dass die PKK-Miliz in Nordirak vor der Ankündigung eines Waffenstillstands stehe.

Währenddessen hat das türkische Militär seine Präsenz an der irakischen Grenze verstärkt. Vorausgegangen war zunehmender Druck der türkischen Öffentlichkeit, eine intensive Militäroperation gegen PKK-Guerillas im Nordirak zu starten. Vergangenen Freitag (19. Oktober) hatte das türkische Parlament grünes Licht für einen Antrag zur Truppenstationierung gegeben.

Zu diesen Spannungen kommt es zu einem Zeitpunkt, an dem die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei auf der politischen Bühne oberste Priorität erhalten. Die Kommission wird ihren regulären Bericht über den Fortschritt der Türkei bei den EU-Beitrittsgesprächen am 7. November 2007 veröffentlichen.

Obwohl Rehn es ablehnte, die Details des Berichts zu kommentieren, bis dieser vom kompletten Kollegium der Kommissionsmitglieder angenommen sei, sagte er EurActiv, dass der Bericht wie in den vorangegangenen Jahren „objektiv und fair“ sein werde.

„Die neue [türkische] Regierung hat den EU-Beitrittsprozess und die konstitutionelle Reform ganz oben auf ihre Agenda gesetzt, mit der Absicht, die Demokratie zu verbessern und grundlegende Freiheiten auszubauen“, fügte er hinzu.

Das Europaparlament wird am 24. Oktober über eine Entschließung über die europäisch-türkischen Beziehungen abstimmen; Kommissar Rehn und der EU-Rat werden ebenfalls eine Erklärung abgeben.

Euractiv

IV. Mroz: "Die Armenier-Resolution ist ein Unglück"

Der Leiter des Ost-West Institutes, John Edwin Mroz, bezeichnete die von dem amerikanischen Kongress-Ausschuss verabschiedete Armenier-Resolution als ein Unglück. Mroz sagte: „Ich denke, dass die Resolution ein großes Unglück ist. In der letzten Zeit befindet sich die Welt in einer sehr gefährlichen Lage wegen steigendem Terrorismus. Aus diesem Grund ist die Abstimmung zeitlich nicht sehr richtig.“ Mroz machte darauf aufmerksam, dass es andere Wege gäbe, die Probleme zu lösen. „Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan hat vorgeschlagen, eine Untersuchungskommission aus Historikern und Experten aus der Türkei und Armenien zu bilden. Aber er bekam keine. Ich denke, dass dies ein Teil der verantwortungslosen Rolle des Komitees ist und ich hoffe, dass die Resolution nicht im US-Kongress angenommen wird.“

Türkiye

Rice: "Wir werden unsere Bemühungen gegen die Resolution fortsetzen"

US-Außenministerin Condoleezza Rice erklärte, dass sie ihre Bestrebungen fortsetzen werden, damit die im Komitee für auswärtige Angelegenheiten angenommene armenische Resolution nicht im Kongress akzeptiert wird.

Rice sagte ferner, dass Joseph Ralston, US-Sondervertreter zur Bekämpfung des Terrors, von seinem Amt zurückgetreten ist. Er sei aber jeder Zeit bereit, falls erforderlich, zu helfen.

Milliyet

Mesrob II: "Wir sind gegen die Resolution"

Patriarch Mesrob II., Oberhaupt der armenischen Kirche in der Türkei, erklärte, dass sie gegen die im US-Komitee für auswärtige Angelegenheiten akzeptierten armenischen Resolution seien. Mesrob II., der in der Stadt Antalya die St. Nikolaus Kirche besuchte, sagte: „Ich wünsche immer, dass die türkischen Bürger armenischer Herkunft außer dieser Sache gehalten werden. Dies ist eine Resolution, die in den USA als politisches Werkzeug benutzt und immer wieder auf die Tagesordnung gebracht wird. Die türkischen Bürger armenischer Herkunft haben damit nichts zu tun. Wir sind alle gegen diese Resolution.“

Hürriyet

V. Wachstum in Osteuropa bedroht: Studie empfiehlt Türkei-Integration

Mehrere osteuropäische Länder drohen "in relativer Armut stecken zu bleiben". Eine Studie empfiehlt daher eine enge Partnerschaft mit der Türkei.

Der Brüsseler Think-Tank "Lisbon Council" warnt davor, dass einige osteuropäische EU-Staaten wegen des starken Bevölkerungsrückgangs niemals zu westeuropäischen Lebensstandards aufschließen könnten. Unzureichende Bildungsinvestitionen, die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und niedrige Geburtenraten könnten demnach den Aufholprozess stoppen. Eine mögliche Gegenmaßnahme: Die EU-Integration der Türkei.

"Einziges Land, dessen Bevölkerung wächst"

"Eine realistische Möglichkeit für Europa, speziell für Zentral- und Osteuropa, seinen demographischen Rückgang auszugleichen, ist eine enge Partnerschaft mit der Türkei, dem einzigen Land weit und breit, dessen Bevölkerung stark wächst und das gleichzeitig viele Elemente der europäischen Kultur und Geschichte teilt", heißt es in der Lisbon Council-Studie. Die Organisation hat die für ihren "European Human Capital Index" die Entwicklung in zwölf Ländern untersucht, darunter die zehn osteuropäischen EU-Neulinge sowie die Beitrittskandidaten Kroatien und Türkei. Bevölkerungswachstum gibt es demnach nur in der Türkei, deren erwerbsfähige Bevölkerung bis 2050 nahezu so groß sein wird, wie jene der restlichen Mittelmeerländer zusammen. In den anderen Ländern ist dagegen ein Rückgang um 15 Prozent zu erwarten, in Bulgarien sogar um 26 Prozent. Weitere Probleme: Unzureichende Bildungsinvestitionen, vor allem in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und der Türkei sowie teilweise zu niedrige Beschäftigungsquoten und Produktivität.

Die regionalen Spitzenreiter Tschechien, Estland, Litauen und Slowenien haben nach Ansicht der Studienautoren "die realistische Chance, innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte

westeuropäische Lebensstandards zu erreichen". Ihre Vorteile: Ein gutes Bildungssystem und ein effizienter Einsatz des Humankapitals.

"Gefahr, in Armut stecken zu bleiben"

Schlechte Perspektiven haben der Studie zufolge dagegen die Schlusslichter, vor allem Bulgarien, Kroatien und Polen. Für sie besteht demnach "eine realistische Chance, dass sie verglichen mit dem europäischen Durchschnitt in relativer Armut stecken bleiben, da sie keine andere Ressource als Humankapital aus ihrer derzeitigen Situation herausführen kann".

Die Presse

VI. Gespräch zwischen Erdoğan und Roth

Die Vize-Präsidentin der türkisch-deutschen Parlamentarischen Freundschaftsgruppe, Claudia Roth, besuchte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan. Erdoğan sagte beim Gespräch: „Es gibt Leute, die die PKK nicht als eine Terrororganisation bezeichnen und deren Mitglieder als ihre Brüder angeben. Sie verteidigen die Terrororganisation. Das ist inakzeptabel. Diese Leute, die die PKK nicht als eine Terrororganisation bezeichnen können sind, können nicht unsere Ansprechpartner sein.“ Mit diesen Worten reagierte Erdoğan auf Roth, die die Worte von Generalstabschef Yaşar Büyükanıt „Natürlich werden unsere Streitkräfte die nötige Antwort auf die Terroristen geben“ kritisiert und gesagt hatte, dass sie gegen Gewalt sei und die PKK zur Waffenruhe aufrufe.

Hürriyet

Referendum in der Türkei

Das Referendum für die künftige Direktwahl des Präsidenten wurde in diesem Monat gestimmt. Dem vorläufigen Endergebnis zufolge stimmten gestern rund 69 Prozent der Wähler für die Verfassungsänderung. 31 Prozent sprachen sich dagegen aus. Allerdings fiel die Wahlbeteiligung mit 67 Prozent für türkische Verhältnisse niedrig aus. Dem Text des Referendums zufolge soll der künftig vom Volk bestimmte Präsident nur noch für fünf Jahre gewählt werden, aber zwei Mal antreten dürfen. Präsident Abdullah Gül soll laut einer Entscheidung des Parlaments ungeachtet des Ergebnisses seine siebenjährige Amtszeit beenden dürfen.

Hürriyet

VII. Finanz- und Wirtschaftsnachrichten

Jahres-Export über 100 Milliarden Dollar

Nach Angaben der Gesellschaft Türkischer Exporteure (TIM) ist der Export in den letzten 12 Monaten um 23 Prozent auf das Ziel von 100 Milliarden Dollar gestiegen. Der Export im September ist um 17 Prozent im Vergleich zum selben Monat des vergangenen Jahres gestiegen.

Cumhuriyet

Geschäftsleute in Baku zusammengelassen

In der aserbaidischen Hauptstadt Baku wurde eine Konferenz unter dem Titel ‚Ausländisches Kapital im Gebiet des Kaspischen- und Schwarzmeers‘ veranstaltet. Arzuhan Doğan Yalçındağ, Vorsitzende der Union der Konföderationen der Geschäftsleute des Kaspischen- und Schwarzmeergebietes, erklärte auf der Konferenz, das eigentliche Ziel der Union sei, direktes ausländisches Kapital ins Gebiet zu ziehen.

Yalçındağ brachte zum Ausdruck, dass das Handelsvolumen zwischen den Ländern im Gebiet des Kaspischen- und Schwarzmeers sehr niedrig sei, und forderte, dass die Zusammenarbeit außer dem Bereich Erdöl erweitert werden müsse.

Milliyet

Notenbank senkt Leitzins um 50 Basispunkte

Die Zentralbank hat am Dienstag ihre Geldpolitik gelockert. Der Einlagensatz für Tagesgeld wurde um 50 Basispunkte auf 16,75% gesenkt, wie der Geldpolitische Rat mitteilte. Der Ausleihsatz für Tagesgeld wurde um 75 Basispunkte auf 21,50% verringert.

Hürriyet

Bessere Aussichten für türkische Wirtschaft

Der Präsident des Internationalen Währungsfonds (IWF), Rodrigo de Rato, gab bekannt, dass die wirtschaftliche Zukunft der Türkei im Vergleich zu den vergangenen Jahren noch besser aussehe. Rato, der auf einer gemeinsamen Versammlung der Weltbank und des IWF sprach, sagte: „Die Entwicklungen in der türkischen Wirtschaft sind zweifelsohne eine Erfolgsstory.“

Türkiye

VIII. Firmennachrichten aus der Türkei

ArcelorMittal und Borusan investieren in Walzwerk in Türkei



Der weltgrösste Stahlkonzern ArcelorMittal und der türkische Stahlproduzent Borusan investieren gemeinsam 500 Millionen Dollar (350 Mio Euro) in ein neues Warmband-Walzwerk in Gemlik (Türkei).

Das Werk soll in der ersten Hälfte des Jahres 2010 mit einer Kapazität von 4,8 Millionen Tonnen in Betrieb gehen, teilte ArcelorMittal am Montag in Luxemburg mit. Der türkische Stahlmarkt werde in den kommenden zehn Jahren um jährlich rund sechs Prozent wachsen, hiess es. Die Investition wird von beiden Unternehmen jeweils zur Hälfte finanziert.

Vaillant Group übernimmt weitere DemirDöküm-Aktien



Die Vaillant Group beabsichtigt, weitere 5,68 Prozent der Aktien des führenden türkischen Heiz- und Klimatechnik-Spezialisten Türk DemirDöküm Fabrikalari A.S. (DemirDöküm) zu übernehmen. Verkäufer ist die Taylan Holding, die ihr komplettes Aktienpaket an die Vaillant Group veräußern wird. Ein entsprechender Vertrag wurde in Istanbul unterzeichnet. Bereits hatte die Vaillant Group gemeldet, 72,56 Prozent der DemirDöküm-Aktien von der Koç Group übernehmen zu wollen. Der Kaufpreis für beide Aktienpakete beläuft sich auf 227,6 Mio Euro. Beide Transaktionen stehen unter Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Kartellbehörden. Die übrigen 21,76 Prozent der DemirDöküm-Aktien befinden sich im Streubesitz und werden an der Istanbuler Börse gehandelt. Für den Erwerb dieser Aktien wird die Vaillant Group ein öffentliches Angebot unterbreiten. DemirDöküm bedient vor allem den stark wachsenden türkischen Markt, ist aber zunehmend auch auf den internationalen Märkten tätig. Mit der

Akquisition wird die Vaillant Group ihre geografische Präsenz weiter ausbauen und von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere in Osteuropa profitieren.

Das in der Westtürkei ansässige Traditionsunternehmen Türk DemirDöküm Fabrikalari A.S. (DemirDöküm) ist einer der führenden osteuropäischen Hersteller im Bereich Heiz- und Klimatechnik. Das Unternehmen wurde 1954 gegründet und ist Teil der Koç Group. Der Schwerpunkt liegt mit einem Umsatzanteil von rund 70 Prozent auf dem heimischen Markt, allerdings gewinnt auch der Export zunehmend an Bedeutung. Heute werden DemirDöküm-Produkte in 50 Ländern in Europa, Asien und Nordafrika vertrieben. Das Unternehmen hat Fertigungsstandorte in der Türkei, China und Algerien. DemirDöküm beschäftigte 2006 rund 2.300 Mitarbeiter und erwirtschaftete einen Umsatz von 432 Mio Euro. Das Unternehmen ist an der Börse in Istanbul (Istanbul Stock Exchange) notiert.

Die Vaillant Group ist ein international tätiger Konzern mit Hauptsitz in Remscheid, Deutschland, der in den Bereichen Heiz-, Lüftungs- und Klimatechnik tätig ist. Als einer der weltweiten Markt- und Technologieführer entwickelt und produziert das Unternehmen maßgeschneiderte Produkte, Systeme und Dienstleistungen für Wohnkomfort. Das Produktportfolio reicht von effizienten Heizgeräten auf Basis herkömmlicher Energieträger bis hin zu Systemlösungen zur Nutzung regenerativer Energien. Im Geschäftsjahr 2006 erzielte die Vaillant Group, die sich seit ihrer Gründung 1874 in Familienbesitz befindet, mit knapp 10.100 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 2 Mrd Euro.

Hilton: 15 neue Hotels in der Türkei



Hilton Hotels Corporation, (NYSE:HLT) gab am 8. Oktober bekannt, dass sie und Amplio Gayrimenkul Yatirim ve Gelistirme A.S. (Amplio) einen Vorvertrag für eine strategischen Expansionsvereinbarung unterzeichnet haben, der bei in Kraft treten Amplio die Möglichkeit bieten wird, ca. 15 neue Hotels (ca. 2.500 Zimmer) in Ballungszentren der Türkei zu entwickeln.

Der Vorvertrag besagt, dass Hilton und Amplio davon ausgehen, im Rahmen von Managementverträgen über die nächsten fünf Jahre Hotels der Marken Hampton by Hilton™ und Hilton Garden Inn™ zu präsentieren. Die voraussichtlich ersten Objekte werden sich in den Städten Manisa (Westtürkei) und Diyarbakir (Osttürkei) befinden.

Dies wird das erste Abkommen für Hilton in der Türkei sein, mit dem Ziel eine Vielzahl von Hotels mit einem Unternehmen zu entwickeln und bereits der vierte größere Vorvertrag für

Hotelentwicklungen in Europa in diesem Jahr. Zusammen umfassen die vier strategischen Expansionsvereinbarungen die Planung von 65 neuen Hotels in Europa in den nächsten fünf Jahren.

„Diese für Europa entscheidenden Allianzen bestärken unsere Position als eines der führenden internationalen Hotelunternehmen und untermauern unsere Strategie, Großverträge in wichtigen Märkten wie der Türkei zu unterzeichnen“, so Wolfgang M. Neumann, President of Hilton Hotels – Europe. „Mit der Unterzeichnung des Vorvertrages mit Amplio sind wir auf dem besten Weg, unser Vorhaben – 1.000 neue Hotels international in den nächsten zehn Jahren – umzusetzen“, so Neumann abschließend.

Dogus investiert in der Türkei mit Meiller Kipper



Meiller Kipper wird in Sakarya mit Dogus Otomotiv Dämpfer produzieren. 4 Millionen Euro wird in die Anlagen in Sakarya investiert und die Produktion wird in 2008 starten. Laut Vertrag zwischen Meiller Kipper und Dogus wird für die Produktion der Dämpfer eine Aktiengesellschaft (%51 Meiller und %49 Dogus Beteiligung) gegründet.

Fiba Gruppe plant für seine Marks & Spencer Aktivitäten mit 480 Millionen Dollar



M&S zielt in der Türkei - der größte M&S Markt nach Großbritannien- auf ein Giro von 230 Millionen Dollar in 2010. The Aktivitäten in Russland und Ukraine werden über Türkei geleitet und man erwartet ein Giro von 250 Millionen Dollar in den beiden Ländern in 2010.

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org